

**NZZ am Sonntag, 23.5.2010**

# **Nothilfe bei Finanzkrisen zu verbieten, ist nutzlos**

**Die Drohung, jemandem nicht aus der Patsche zu helfen, ist sogar gefährlich**

**Monika Bütler**

**E**ltern wird empfohlen, ihrem Nachwuchs ab einem gewissen Alter die finanziellen Mittel für persönliche und schulische Ausgaben in der Form eines Globalbudgets zu überlassen. Dies mit dem Rat, nie Kredite zu gewähren.

Die Nicht-Rettungs- oder neudeutsch «No-Bailout-Klausel» für den Hausgebrauch ist allerdings weitgehend nutzlos. Die einen werden die Rückversicherung durch die Eltern aus Stolz und Verantwortungsgefühl nie brauchen. Die anderen hingegen zählen darauf, dass sie in der Not das Taxi doch bezahlt oder die Finanzierungslücke überbrückt erhalten. Weil es die Eltern nicht ertragen, die Tochter nach Abfahrt der letzten S-Bahn am Bahnhof stehen oder den Sohn ohne Billett und Nahrung zur Schule fahren zu lassen.

Die No-Bailout-Drohung funktioniert auch bei Grossen nicht, wie uns derzeit vorgeführt wird. Banken und Staaten wird mit Hilfspaketen in noch nie gesehener Grössenordnung aus der Patsche geholfen. Paradox ist: Kaum ausgehebelt, erleben die No-Bailout-Klauseln ihren zweiten Frühling. Die EU will Bestimmungen zur Finanzhilfe an Mitgliedländer verschärfen. In einigen Staaten wird vorgeschlagen, die staatliche Rettung von Banken per Gesetz zu verunmöglichen.

Die Politik stützt sich auf die spieltheoretisch begründete Hoffnung, dass eine No-Bailout-Klausel die Akteure so diszipliniert, dass der Bailout gar nie nötig wird. Eine trügerische Hoffnung und eine gefährliche dazu: Der Glaube, das Verbot zu helfen mache eine Rettung unnötig, untergräbt gerade diejenigen Massnahmen, die eine solche Notfall-Rettung verhindern könnten. So liess die EU die Einhaltung der Maastricht-Kriterien schleifen im Vertrauen auf die No-Bailout-Klausel.

Dabei gäbe es gute Gründe, die Nicht-Rettungs-Klausel zu begraben. Erstens lässt sich nie im Voraus abschätzen, welche Konsequenzen das Fallenlassen eines Individuums, eines Staates oder einer Bank hat. Zweitens sind solche Drohungen unglaubwürdig; im Nachhinein erweist sich die Rettung oft als zumindest kurzfristig billigere Lösung. Drittens ist nie klar, ob jemand selbstverschuldet in eine Notlage gerät. Bei Jugendlichen mag dies offensichtlich sein, bei Erwachsenen wird es schwieriger und bei Institutionen und Staaten fast unmöglich.

Doch gerade weil die Frage der Nothilfe nicht nur Grosse betrifft, müsste mit Gegenmassnahmen nicht auf der grünen Wiese begonnen werden. Wir haben durchaus Erfahrung, wie mit fehlender No-Bailout-Klausel umzugehen ist, nämlich aus dem Umgang mit Individuen. Es gibt keine No-Bailout-Klausel für Individuen - im Gegenteil. Die meisten geniessen das Sicherheitsnetz der Familie. Der Staat verspricht die Sicherung des

Existenzminimums sogar in der Verfassung. Gleichwohl leben die wenigsten Bürger nach dem Motto «Rette mich, wer kann».

Ein Grund liegt im Vorbeugen. Eine gute Ausbildung etwa macht eine Notlage weniger wahrscheinlich. Für Staaten und Banken stellen offene Märkte, eine kluge Geldpolitik und Rechtssicherheit solche Rahmenbedingungen dar. Der zweite, mit Abstand wichtigste Grund liegt in einer obligatorischen Versicherung. Kaum jemand versichert sich freiwillig angesichts expliziter oder impliziter Rettungs-Versprechen. Die Arbeitslosenversicherung und die obligatorische Alterssicherung sorgen jedoch dafür, dass die Rettung via Sozialhilfe nur selten zur Anwendung kommt. Für Banken bestehen Versicherungslösungen wie bedingtes Kapital in Form von hohen Eigenmitteln; für Staaten wäre es eine verordnete Steuerdisziplin.

Drittens wird der Bailout unattraktiv gemacht. Die Tochter wird die elterliche Nothilfe mit Jäten büßen, der Sohn den iPod hinterlegen müssen. Der gerettete Bankier endet zwar nicht wie früher im Schuldenturm, wird aber mit gesellschaftlicher Schande eingedeckt. Auch der weitgehende Autonomieverlust der Griechen ist kein Honigschlecken.

Monika Bütler ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und führt als Direktorin das Schweizerische Institut für Empirische Wirtschaftsforschung.